

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederrheinischer Zeitung)

Anzeigen
kosten die einseitige Kolonialzeit
oder deren Raum 25 Bg.
Reklamen 60 Bg.

Bezugspreis
monatlich 95 Bg., mit Fragner-
lohn 115 Bg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2,55 Mk.
auschl. Postgeb.

Erscheinung: Dienstag,
Donnerstag, Samstag
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter
Wilhelm Probst, Schierstein.

Nummer Nr. 584.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Nummer Nr. 584

Nr. 6.

Donnerstag, den 15. Januar 1920.

28. Jahrgang

Ein blutiger Tag in Berlin.

Berlin, 13. Jan.

Um 4 1/2 Uhr versuchte die vor dem Reichstagsgebäude demonstrierende Menge in den Reichstag einzudringen. Die Sicherheitspolizei pflanzte hierauf die Bajonette auf und suchte die Menge zu zerstreuen. Da dies jedoch nicht gelang, machte die Sicherheitswehr von ihrer Waffe Gebrauch und es kam zu einer lebhaften Schießerei, namentlich vor dem Eingang in der Einfahrtstraße. Der vor diesem Eingang befindliche Rasenplatz war von einer Anzahl von Toten und Schwerverletzten besetzt.

Ein Augenzeuge der blutigen Demonstration berichtet: Eines nur zu blutigen Erfolges können sich die Unabhängigen mit ihrer Propaganda rühmen, durch die Einwirkung von außen eine Umgestaltung des Betriebsrätengesetzes zu erzielen. Von der zwölften Mittagsstunde an war das Reichstagsgebäude von Menschenmassen umlagert, aus denen rote Fahnen und rote Plakate hervorleuchteten. Neben hatten sich an verschiedenen Stellen postiert, namentlich am Königsplatz, von dem in wilder Weise gegen das Betriebsrätengesetz Stimmung gemacht wurde. Im Laufe selbst erhob Abg. Geyer scharfen Protest gegen die Sicherheitsmaßnahmen, die im Auftrag der Reichsregierung für das Haus getroffen worden waren, und verlangte Zurückziehung des Militärs. Eine Abkündigung, die der Präsident Fehrenbach zurückwies. Sein Standpunkt zeigte sich als nur zu berechtigt. Kurz nach 4 Uhr drängte die Menschenmenge auf den Königsplatz gegen den dünnen Korridor der Sicherheitspolizei. Die Sicherheitsbeamten versuchten, die Menge zurückzudrängen, wobei einige Leute der Sicherheitswehr von den Demonstranten in die Menge hineingezogen, zu Boden gestoßen und buchstäblich zertreten wurden. Aus der erregten Menge erklangen Rufe: „Links flankieren“, womit man beabsichtigte, den Polizeibeamten in den Rücken zu fallen. Ein Sicherheitspolizist rief: „Schützen“, ein scharf abgegebener Schreisschuss löste aus der Menge nur den Ruf aus: „Sie schießen ja doch nur in die Luft. Vorwärts!“

Frauen wurden nach vorn geschoben und die Menge versuchte, den Korridor einzubringen. Darauf mußten die in Bereitschaft stehenden Maschinengewehre in Tätigkeit gesetzt und der Platz durch Feuer geräumt werden. Die Anzahl der Toten dürfte mit zehn sicher nicht zu hoch gegriffen sein; die Zahl der Verwundeten dürfte ungefähr 60 betragen, worunter sich auch viele weibliche Personen befinden und junge Mädchen. Auch die Sicherheitswehr hat Verluste zu verzeichnen, hauptsächlich Verwundete; es wird auch von zwei Toten gesprochen. Während der Schießerei zerstreute sich die Menge so schnell, daß Verhaftungen nicht vorgenommen werden konnten.

Ein weiterer Bericht besagt: Die heutige Demonstration der Unabhängigen verlief unerwartet blutig. In das Reichstagsgebäude wurden 12 Tote eingebracht. Auf dem Kampfplatz vor dem Reichstag in der Nähe der Siegesallee und der Siegesallee sollen weitere Opfer zu beklagen sein. Bereits in den frühen Morgenstunden sammelten sich ungeheure Massen vor dem Reichstag, die aus allen Stadtteilen in geschlossenen Gruppen anmarschieren und vor dem Hauptportal aufstellten. Um die Mittagsstunde hatte die Zahl der Demonstranten ungefähr 40 000 erreicht. Trotzdem die Regierungstruppen umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen hatten, fand eine vollkommene Durchführung der Absperrung nicht statt. Nur im Reichstagsgebäude selbst wurde eine Kontrolle ausgeübt. Die abkommandierten Soldaten der Sicherheitswehr betrugen etwa 4000 und waren mit Maschinengewehren und Handgranaten ausgerüstet.

Die Sitzung der Nationalversammlung, die um 12 Uhr unter Vorsitz Fehrenbachs begann, wurde nach Verlauf von 10 Minuten durch plötzliches Fallen von vier Schüssen vor dem Wandelgang des Reichstages jäh unterbrochen. Zwei davon drangen in das Gebäude ein, ohne jedoch jemand zu verletzen. Unmittelbar darauf begann vor dem Hauptportal in der Richtung auf die Siegesallee eine wilde Schießerei: die Sicherheitspolizisten schossen auf die Menge und warfen Handgranaten. Die Wirkung war panikartig, die Menge stoh nach allen Richtungen, so daß der weite Platz in kurzer Zeit geräumt war. Nach dem Bericht eines Augenzeugen steht es fest, daß sich die Menge besonders vor dem Portal 1 des Reichstages gegenüber den Sicherheitssoldaten drohend und beleidigend verhielt. Anapp nach Eröffnung der Sitzung versuchte eine Gruppe von Demonstranten einige Abteilungen zu umzingeln und zu entwaffnen. Auch versuchten sie einigen Offizieren die Achseln herunterzureißen. Dies war das Zeichen zum Beginn des allgemeinen Kampfes. Die Räumung des Gebäudes am darauffolgenden Sonntag. Während der

Schießerei herrschte im Sitzungssaal ein ungeheurer Tumult. Von der Journalistentribüne rief ein Redakteur der „Freiheit“ in den Saal „Mörder!“

Es wurde mit Bestimmtheit bemerkt, daß trotz der zu erwartenden Demonstrationen weder ein Arzt noch Verbandstoff und Medikamente im Reichstagsgebäude waren. Ein Abgeordneter mußte den Verwundeten die erste Hilfe bringen, wobei die kleinen Verbandstücher der Sicherheits-soldaten benutzt wurden.

31 Tote.

Der Berliner „Volksanzeiger“ meldet, daß bei den Demonstrationen vor dem Reichstagsgebäude bisher 31 Tote festgestellt wurden. Die Zahl der Verwundeten ist natürlich erheblich höher. Allein von den Beamten der Sicherheitspolizei und Ordnungspolizei wurden bisher weit über 60 Verwundete gezählt. Die Zahl der verwundeten Demonstranten wird auf weit über 400 geschätzt.

Ausnahmezustand.

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen hat der Reichspräsident für das Reichsgebiet mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden und die von ihnen umschlossenen Gebiete den Ausnahmezustand verhängt. Auf Grund des Ausnahmezustandes übernahm Reichswehrminister Noske persönlich die vollziehende Gewalt für Berlin und die Mark Brandenburg. Als Zivilkommissar wurde der Berliner Polizeipräsident Ernst Reuter bestellt. Alle Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel sind verboten. Erneute Versuche, die Tagung der Nationalversammlung zu stören, werden mit rücksichtsloser Waffenanwendung verhindert werden.

Die Handhabung.

Die an verschiedenen Orten des Reiches ausbrechenden Unruhen, die blutigen Ausschreitungen vor der Nationalversammlung in Berlin und besonders aber die Notwendigkeit, die Eisenbahnbetriebe und die Kohlenversorgung zur Vermeidung einer wirtschaftlichen Katastrophe unter allen Umständen in Ordnung zu halten, haben es dem Reichspräsidenten zur Pflicht gemacht, den Ausnahmezustand zu verhängen.

Wo keine Veranlassung besteht, werden die ausführenden Stellen von den Ausnahmevorschriften keinen Gebrauch machen. Für den ganzen Geltungsbereich der Verordnung wird aber jede Verletzung in Wort und Schrift oder andere Maßnahmen verboten, die darauf gerichtet sind, lebenswichtige Betriebe zur Stilllegung zu bringen. Lebenswichtige Betriebe sind alle öffentlichen Verkehrsmittel und alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung von Gas, Wasser, Elektrizität und Kohlen.

Die Ausübung der Verordnung auf Bayern und Sachsen, wo Ausnahmevorschriften bereits bestehen, und auf Württemberg und Baden bleibt nötigenfalls vorbehalten.

Daß der Reichspräsident dazu schreiten mußte, in Verfolg seines verfassungsgemäßen Rechtes den Ausnahmezustand über Nord- und Mitteldeutschland zu verhängen, zeigte, daß die Regierung fest gewillt ist, sich von der Minderheit nicht tyrannisieren zu lassen.

Der Deutsche Beamtenbund der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und der Deutsche Eisenbahnerverband haben einen gemeinsamen Aufruf erlassen, in dem sie energisch zur Pflächterfüllung in allen Staatsbetrieben auffordern.

Die Vorgänge vor dem Reichstagsgebäude sind tief bedauerlich und werden wohl von allen Seiten als ein Unglück empfunden, das umso mehr Teilnahme auslöst, als schließlich gewiß wieder relativ Unschuldige die Opfer der Schießerei geworden sind. Die Unabhängigen haben sich hier eine riesige Verantwortung aufgeladen, indem sie die urteilslosen Massen durch Aufrufe in der „Freiheit“ von der Arbeit weglockten und auf die Straße brachten. Dort sollten sie zeigen, daß die „Massen“ hinter dem Betriebsrätengesetz stehen, wie die Unabhängigen es sich denken, und ungeschehlichen Druck auf die gewählten Vertreter des deutschen Volkes ausüben. Eine Masse von 40 000 Menschen sieht ja nun ganz ansehnlich aus, aber was bedeutet sie gegen die Millionen von Wählern, die hinter den Abgeordneten stehen? Von dieser Seite betrachtet, sind es kindliche Experimente, kindisch ihrem Sinne nach, aber überaus gefährlich in ihrer Ausübung. Wäre die Menge, für die schließlich ein politischer Führer die Verantwortung übernehmen wird, in den Reichstag eingebracht, so wären die Folgen nicht auszumalen gewesen. Es blieb also den schwerbedrückten, bedrängten und teilweise sogar schon tödlich

angegriffenen Soldaten nach der Ermordung von zwei Kameraden nur die Schutzwehr. Die Demonstranten folgten wieder die selbe Taktik des Versteckens hinter Frauen und Kindern, sodaß die Katastrophe menschlich noch fürchterlicher wurde. Wie wenig man an derartige Vorkommnisse dachte, zeigt gerade der Mangel an Verbandsmaterial im Reichstagsgebäude.

In dem Augenblicke, wo unser Vaterland einen Frieden geschlossen hat, dessen Bedingungen nur Ruhe und Arbeit im Innern mildern können, derartig neuen Unfrieden in das Volk zu schleudern, ist ein Verbrechen, dessen Verwerflichkeit mit dem Ausdruck „Hochverrat“ kaum verglichen ist.

Der Friedensschluß.

Eine Unterredung mit Versner.

Die Agentur Havas interviewte Freiherrn v. Versner nach der Ratifikation des Friedensvertrages. Dabei sagte Herr v. Versner einleitend:

Sie haben den Wunsch ausgedrückt, mich vor meiner Abreise nach Deutschland, wo ich einige Tage verweilen werde, zu sprechen. Ich stelle mich Ihnen gerne zur Verfügung, denn die Presse hat in den letzten Tagen verschiedene Mißverständnisse hervorgerufen, die die Inkraftsetzung des Friedensvertrages verzögerten.

Auf die Frage: Sind Sie zufrieden, daß der Friedensvertrag endlich in Kraft getreten ist? antwortete v. Versner: Sie wissen, daß der Friedensvertrag Deutschland die schwersten Opfer auferlegt, die jemals einem Volke auferlegt wurden. Ich erinnere nur an die Abtretung von Gebietszonen im Osten und Westen, die Jahrhunderte lang zu Preußen gehört haben, und an die enormen finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen, die wir auf uns nehmen mußten. Trotzdem freut es mich, daß der Friede endlich hergestellt ist, denn er wird Deutschland seine lieben gefangenen Soldaten zurückgeben, deren Rückkehr es schnellst erwartet. Herr von Versner gibt hierauf seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß sich der Heimkehr der Kriegsgefangenen keine Schwierigkeiten in den Weg stellen werden und daß sie nach der Versicherung Clemenceaus auf das schnellste vor sich gehen wird.

Auf die Frage: Sie haben von Vergütungen gesprochen, die Deutschland durch den Friedensvertrag auf sich genommen hat. Glauben Sie, daß Deutschland diese Verpflichtungen erfüllen wird? antwortete Herr v. Versner: Wie Sie wissen, hat Deutschland mit der Ausführung eines Teiles dieser Verpflichtungen bereits begonnen, ohne durch den Friedensvertrag dazu verpflichtet zu sein. Wir haben z. B. an Frankreich mehr als 2 1/2 Millionen Tonnen Kohle geliefert, trotzdem die Schiffsahrt auf dem Rhein zunächst durch den niedrigen Wasserstand, nachher durch die Ueberschwemmungen beeinträchtigt war. Die deutsche Regierung hat bei verschiedenen Gelegenheiten versichert, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommen wird bis zur äußersten Grenze des Möglichen. Wir sehen dabei voraus, daß damit unserem Lande eine schwere Zeit bevorsteht, aber wir hoffen zuversichtlich, daß das deutsche Volk instande sein wird, die Schwierigkeiten zu überwinden, dank der zunehmenden Arbeitsfreudigkeit. Ich glaube, daß die Alliierten selbst das größte Interesse haben werden, die Arbeitsfreudigkeit in Deutschland zu heben, denn es besteht eine enge Beziehung zwischen dem Wirtschaftlichen Deutschlands und dem der Alliierten, besonders Frankreichs, infolge der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Europa drohen. Es ist demnach offenbar, daß das wirtschaftliche Gedeihen Frankreichs ganz besonders zum großen Teile von der wirtschaftlichen Festigkeit Deutschlands abhängt.

Zu der Auslieferungsforderung erklärte Hr. v. Versner: Ich möchte die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Alliierten sich von der Tatsache überzeugen werden, daß die strikte Durchführung der durch den Friedensvertrag übertragene Verpflichtungen schwere Folgen nach sich ziehen würde, nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Ruhe und Ordnung in Europa. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, daß die deutsche Regierung bereits vor zwei Monaten Schritte getan hat, um den Alliierten in aller Öffentlichkeit die Folgen darzulegen, die sich aus der Forderung uneingeschränkter Auslieferung ergeben würden. Gleichzeitig machte die deutsche Regierung schriftliche Vorstellungen zur Lösung dieser schwierigen Frage, deren wesentlicher Inhalt war, daß Deutschland sich verpflichten wolle, die von den Alliierten bezeichneten Beschuldigten vor den Obersten Gerichtshof in Deutschland in den Anklagezustand zu versetzen, für dieselben die Amnestie aufzuheben, zu dem Gerichtsverfahren Vertreter der Alliierten als offizielle Prokuratoren zuzulassen und ihnen das ausgedehnte Kontrollrecht zu

Geheimen. Inzwischen hat Deutschland, wie schon ver-
kannst ist, Gesetze vorbereitet. Wenn die Alliierten un-
sere Vorschläge vor dem Inkrafttreten des Friedensver-
trages nicht berücksichtigt haben, so schließt es keineswegs
aus, daß die Frage von ihnen nach der Wiederherstel-
lung des Friedens neuerdings sehr ernsthaft geprüft wer-
den. Sie werden mit mir übereinstimmen, daß es sich
für die Staatsmänner und Völker der Entente nicht da-
rum handelt, Nachgeklagte zu bestrafen, sondern die
wahren Schuldigen gerecht zu bestrafen. Der deutsche
Vorschlag scheint der am meisten geeignete Weg zu die-
sem Zweck zu sein. Er geht weit darüber hinaus, was
Österreich anlässlich der Ermordung des Erzherzogs Fer-
dinand vor Kriegsbeginn verlangt hat, und was Ter-
rien damals unter Zustimmung aller Alliierten verwei-
gerte. Ich kann mir nicht denken, daß unsere früheren
Gegner ein Interesse daran hätten, die mit unendlicher
Mühe hergestellte Ruhe wieder in Gefahr zu bringen.
Ich werde so fortfahren, in der Auslieferungstrage auf
die völlige Durchführung unserer Rechte zu dringen, de-
ren eigenlicher Zweck in anderer Weise erreicht werden
kann.

Auf die Frage: Was halten Sie von der Abwesen-
heit Amerikas bei der Zeremonie des Austausches der
Ratifikationsurkunden? antwortete Herr v. Versner: Ich
bedauere lebhaft, daß Amerika das einzige Land ist, mit
welchem wir heute nicht im Frieden leben. Ich wünsche
dringend, daß dieser Zustand möglichst bald aufhört.

Auf die weitere Frage: Wer wird Deutschland in
Paris vertreten, werden Sie als Geschäftsträger bezeich-
net werden? erklärte Freiherr v. Versner: Es ist mir
ganz unbekannt, welches in dieser Angelegenheit die Ab-
sichten meiner Regierung sind.

Die ersten Folgen.

Der Reichs- und Staatskommissar für das Memel-
gebiet Graf Lambsdorff erläßt eine Bekanntma-
chung, wonach im Memelgebiet die Souveränität an die
alliierten und assoziierten Hauptmächte übergegangen ist.
Alle militärischen und Zivilbehörden, Beamten und Dienst-
stellen verwalten ihr Amt nach den bisherigen Gesetzen
weiter. Das Memelgebiet ist aus der Zollwirtschaft mit
dem Deutschen Reich ausgeschlossen. Eine Zollgrenze mit
Deutschland wird zunächst nicht eingerichtet. Die russischen
Zollgrenzen bleiben aufrechterhalten.

Die „Prekinformation“ erfährt aus Paris: An-
fangs der nächsten Woche treffen in den Abstimmungs-
gebieten gewisse Kommissionen ein, die sich mit den
berühmten Zivilbehörden wegen der Unterbringung der
Befugungsgruppen in Verbindung setzen. Die Ueberwa-
chungsmanschaften werden in Kasernen, die alliierten
Offiziere in Hotels und Privotquartieren untergebracht.
Am Donnerstag, den 15. Januar, findet nach einer
Meldung der „Voss. Zig.“ die Besetzung Ober-
schlesiens durch die Entente statt.

Die Sonderburger Zeitung meldet: Die interalliierte
Kommission in Koblenz hat in Nordschleswig für
die einzelnen Kreise bereits Landräte und zwar aus
der dänischen Bevölkerung ernannt. Außerdem wurden
sogenannte Kontrollkommissionen gebildet, die die Ab-
stimmung in den einzelnen Kreisen vorbereiten sollen.
Denkschriften sowohl Deutsche als Dänen aus der
heimischen Bevölkerung an.

Die diplomatischen Beziehungen.

Zu Geschäftsträgern in Berlin wurden ernannt:
Sektions Englands Lord Kilmanoch, seitens
Frankreichs Herr de Marcilly, früher Ge-
nرالkonsul in Genua, seitens Italiens Graf Albro-
vandi Barescotti. Die Beglaubigungsschrei-
ben sind bereits in Berlin eingegangen. Die deutschen
Vertreter in den drei Ländern sind noch nicht ernannt.

Der „Matin“ berichtet bezüglich der diplomatischen
Vertretung Frankreichs in Berlin, daß die französische
Regierung bereits durch den spanischen Botschafter der
Wilhelmstraße die Ernennung von de Marcilly als fran-
zösischen Geschäftsträger notifizieren ließ. de Marcilly
wird nächsten Samstag nach Berlin abreisen.

Schweizer Stimmen.

Das Inkrafttreten des Friedensvertrages beacant

in der Schweizer Presse einer gewissen Ruhe. Man
teilnahme, die sich von dem alten Gedanken löst:
die Welt wollte den Frieden und habe ihn erhalten. Die
„Neue Zürcher Zeitung“ bemerkt: Mannigfache Entäu-
sungen begleiten den neuen Zustand, auch in den Augen
derer, die nicht des nativen Glaubens sind, daß ein Frie-
densschluß stets ein großes Zeitalter einleiten muß. Der
Friedensvertrag schließt eine Ära der Untertanenhaft
für Deutschland ab, aber er leitet zugleich eine Periode
von internationalen Verpflichtungen ein, von denen man-
che schwer auf Regierung und Volk lasten werden. Das
„Journal de Genève“ weist darauf hin, daß die einen
den Friedensvertrag zu hart, die andern ihn nicht hart
genug gefunden haben. Der Vertrag habe die goldene
Mitte ein, und es komme allein darauf an, wie man die
Bestimmungen anwende. — Unzufrieden mit dem Ver-
trag sind nur die weitschweifigen Propagandablätter,
von denen „Journal de Lausanne“ schreibt, daß man
Deutschland hätte neu bilden müssen, wenn man es schon
nicht völlig auf Gnade oder Ungnade hätte besiegen wol-
len.

Die interalliierte Rheinlandkommission.

Die interalliierte Kommission hat nach einer Mel-
dung aus Koblenz folgenden Auftrag erhalten:

Auf Grund des Friedensvertrages übernimmt die
Hohe interalliierte Kommission für die besetzten Rhein-
lande die oberste Vertretung der alliierten Regierungen
in den besetzten Gebieten. Gemäß den Anweisungen der
alliierten Regierungen wird sie bestrebt sein, der rhei-
nischen Bevölkerung die Lasten der Besetzung so leicht
wie möglich zu gestalten unter der einzigen ausdrück-
lichen Bedingung, daß es der deutschen Regierung ernst
ist, den Völkern, die die Opfer des Krieges geworden
sind, die ihnen zustehende Entschädigung zu leisten. Die
Hohe Kommission sichert der rheinischen Bevölkerung die
genaue Ausführung des Besetzungsauftrags zu, dem Buch-
staben und dem Geiste nach, ein solches Statut, dessen außer-
ordentlich freier Grundsatz einzig in der Welt-
geschichte dastehen. Andererseits aber wird sie in Ueber-
einstimmung mit der Obersten Leitung der alliierten Trup-
pen dafür Sorge tragen, daß die Sicherheit der Truppen
in keiner Weise gefährdet wird. Ohne unnötige Härte,
aber auch ohne Schwäche wird sie jeden Anschlag gegen
die Sicherheit jener Truppen unterdrücken, die in der
Erhaltung des Kampfes im Jahre 1918 die Grenze über-
schritten, noch vom Anstöße ihrer zerstörten Heimat
erfüllt und voll Entsetzen über die Behandlung, die ihre
Frauen, ihre Eltern und Kinder erdulden mußten und
die trotzdem über ein ganzes Jahr den edelsten Si-
g über sich errangen, indem sie der rheinischen Bevölkerung
die Segnungen der Ordnung, die Unterstützung durch
ihre Lebensmittelförderung, das Beispiel ihrer Diszi-
plin brachten. Die Hohe Kommission hofft, durch das
gemeinsame Wirken der deutschen Beamten und Be-
hörden und in vollem Einklang mit ihnen der Be-
völkerung der besetzten Gebiete Ordnung, Arbeit und
Friede zu gewähren. Da sie für die öffentliche Ordnung
verantwortlich ist, deren Aufrechterhaltung doch den al-
liierten Truppen zufällt, gedenkt sie, der rheinischen Be-
völkerung Gerechtigkeit, die Ausübung ihrer öffentlichen
und privaten Rechte, die unbehinderte Förderung ihrer
legitimen Bedürfnisse und ihre Wohlfahrt zu sichern.
Die Hohe Kommission hofft, daß das gemeinsame Leben
mit der rheinischen Bevölkerung keinen Anlaß zu Rei-
bungen geben, sondern vielmehr den Völkern ein Mit-
tel sein wird, sich näher kennen zu lernen und durch das
Band der Arbeit, der Ordnung und des Friedens ge-
eignet einem besseren Zeitalter entgegenzusteuern.

Die zweite Friedenskonferenz.

Mit dem in der Ueberschrift angegebenen Namen be-
zeichnen Pariser Blätter die Zusammenkunft, in der in
den nächsten Tagen die Vertreter Englands, Frankreichs
und Italiens über die italienischen Ansprüche auf Tri-
umf und über das Schicksal der Türkei beschließen sollen. Die
erste Frage ist in London schon eingehend beraten wor-
den. Die Zusammenkunft unterscheidet sich von der alten

Friedenskonferenz durch das Zutreten Amerikas:
zwar wird auch der amerikanische Vorkämpfer ihr bei-
wohnen, aber gewissermaßen nur als Zuhörer, nicht als
Bevollmächtigter. Das hängt natürlich damit zusammen,
daß die Vereinigten Staaten den Friedensvertrag von
Versailles noch nicht bestätigt haben. Französische Blät-
ter, wie der „Temps“ und das „Journal des Debats“
wollen dieser augenblicklichen Anschauung Amerikas keine
übertriebene Bedeutung zuerkennen, indem sie hoffen, daß
auf die künftige Zustimmung der amerikanischen Freunde
zu den neuen Abmachungen jegliche Rücksicht genommen
werde. Ferner wird die Frage aufgeworfen, wer an
Stelle Clemenceaus, des bisherigen Vorsitzenden der
Friedenskonferenz, der am 18. Januar aus dem Amt

scheidet, die französische Republik bei der Fortdauer die-
ser Beratungen vertreten, wer sie leiten soll und welche
Folgen die Personalveränderung haben könnte. Was die
zu erledigenden Fragen selbst betrifft, so verläutet, daß
über Triumf bereits in London eine Verständigung er-
reicht worden sei.

Das „Journal des Debats“ macht dann den Vorbe-
halt, daß keinesfalls den Reim eines künftigen Frie-
des zwischen Italien und dem südslawischen Staate ent-
halten dürfe, aus dem neue Unruhen für Europa hervor-
gehen könnten. Den anderen Hauptgegenstand der Be-
ratungen bildet der Friede mit der Türkei. Dafür
macht das genannte Blatt folgende Gesichtspunkte geltend,
über die eine Einigung erzielt werden sollte: Erstens
muß die christliche Bevölkerung die Sicherheit erhalten,
auf die sie ein Recht hat; zweitens muß eine lebensfähige,
den verschiedenen Völkern gemeinsame Entschiede-
rung geschaffen werden. Um dies zu ermöglichen, müsse
die Türkei Konstantinopel behalten und unter eine wirk-
same internationale Bewachung gestellt werden; die Ge-
bietsteilungen seien aufs genaueste abzugrenzen. Die
ganze Aufgabe wird in der Pariser Presse als recht
schwierig bezeichnet.

Kleine Meldungen.

Berlin. Wie die „Tägl. Rundschau“ meldet, rich-
tet der Bund deutcher Frauen zur Befreiung der Kriegs-
gefangenen einen Aufruf an die Eisenbahner, die Ar-
beit wieder aufzunehmen.

Berlin. Der Reichswehrminister hat den Druck
und Vertrieb der beiden Zeitungen „Die Freiheit“ und
„Die Rote Fahne“ im Gebiet des Ausnahmezustandes
verboten.

Berlin. Die deutsche Regierung hat gegen die
Bestimmungen der Rheinlandverordnungen Einspruch
erhoben. Die Note ist mit einem besonderen Kurier nach
Paris abgegangen.

Köln. Nach einer neuerlichen Meldung soll sich
das Kapitel geeinigt haben, S. E. Kardinal-Bischof
Vertram von Breslau zum Erzbischof von Köln zu
wählen.

Koblenz. Die hier erscheinende amerikanische
Zeitung „Amater“ meldet, daß Holland Deutsch-
land eine Anleihe von 80 Millionen Dollar bewil-
ligen werde. Holland werde auf eine Reihe von Jahren
Lebensmitteln und Rohstoffe liefern, Deutschland dage-
gen Kohlen, Potasche und Manufakturwaren.

Paris. Havas meldet: Der englische Lordkanzler
Sagace und die alliierte Delegation hielten am ver-
gangenen Dienstag eine Sitzung ab und hielten die Liste
der auszuliefernden Personen fertig. Sie
umfaßt 880 Personen, von denen Frankreich 330
Personen für sich beansprucht.

Helsingfors. Einem bolschewistischen Jun-
spruch zufolge ist Koltisch mit seinem ganzen Stab
gefangen genommen worden. Koltisch selbst wurde
von den Bolschewisten erobert.

Neue Verkehrsbestimmungen.

Aus den Verordnungen der Hohen interalliierten
Rheinlandkommission entnehmen wir folgende besonders
interessierende Vorschriften über den Verkehr:

Jolanda und Salomea.

Roman von Erich Friesen.

20. Fortsetzung.

„Hat Mama dir gesagt, daß du uns alle diese schönen
Sachen bringen sollst?“ fragt Angelina, als der erste Zu-
bel sich ein wenig gelegt hat.

„Wein, mein Kind. Sie weiß gar nicht, daß ich hier
bin. Aber ich möchte sie gern sehen. Wann kommt sie
zurück?“

„Noch lange nicht!“ ruft Rinaldo eifrig. „Sie ist beim
Papa, der ihr Bild malt — so groß!“
Und er stellt sich auf die Fußspitzen, reckt sein kleines
Häufchen empor und hebt beide Hände hoch, um die kolossale
Größe des Bildes anzudeuten.

„Ja, und auf dem großen, roten Bild sind noch viele
andere schöne Frauen. Auch Mutter und Kinder!“ bekräf-
tigt Angelina wichtig. „Ich bin auch darauf — oben in der
Luft — als Engel!“

„Und bald wird es fertig sein!“ läßt Rinaldo wieder sein
Schwänzchen ab. „Papa sagt, wenn er diesmal das Bild
verkauft, kriegen wir was Gutes zu essen!“

„Ja, und viel — viel zu essen!“ fügt Angelina eifrig
hinz. „Manchmal hab' ich so großen Hunger. . . . Und
Rinaldo auch. Nicht wahr, Rinaldo?“

Der Knabe nickt, und in seinen schwarzen Augen blüht
es begehrt auf, als kämpfe er auch jetzt mit dem Hunger.
Jolanda ist ganz still geworden. Ihrem forschenden
Blick fällt es plötzlich auf, wie schmal die Gesichter der Kin-
der sind, wie geistert und fadenförmig die ärmlichen Klei-
der.

Langsam, ganz langsam steigt ihr das Mut in die
Wangen.

Großer Gott! Dieen Kindern fehlt nicht nur alles,
was das Leben sonnig und heiter gestaltet — nein, sie dar-
den, sie hungern sogar! . . .

Und sie — sie selbst, sie lebt im Hunger, während
doch mindestens die Hälfte all ihres Geldes von Rechtswe-
gen diesen Kindern gehört — den Kindern und ihrer Mut-

ter! . . .
Mit seiner ganzen Bucht fällt ihr die Schwere des Un-
rechts, das ihr Großvater an seiner zweiten Gattin begangen,
auf die Seele.

„Ach, wie sie sich schämt! Für ihn, den hartherzigen
Großvater . . . für den Vater, der das Unrecht geschehen
ließ . . . für sich selbst, die nichts tut, um es wieder gut
zu machen. . . .“

Ein leiser Seufzer entringt sich ihrer Brust. Mit ihrer
Frömmlichkeit ist es vorbei. Sanft wehrt sie die ernten für-
mischen Dankesbezeugungen der aufgeregten Kinder ab.

Dann läßt sie sich von Rinaldo ein Stückchen Papier ge-
ben, das zur Not als Briefbogen gelten kann.

Nachdem sie häufig ein paar Zeilen darauf getrigelt und
es sorgsam zusammengefaltet hat, legt sie es neben die noch
unerschriebene Pakete auf die Kommode.

„Sieh, Rinaldo —“ wendet sie sich an den Knaben, der
all ihr Dem mit verständnisvollen Augen beobachtet — „so-
wie deine Mutter zurückkehrt, gib ihr diesen Brief! Aber
nicht die Pakete vorher aufmachen! Verstanden? Es ist noch
etwas besonderes darin. . . . Ich soll bald wiederkommen!“

„Ja, gewiß, liebe Kinder, ich komme bald wieder —
sehr bald! . . . Seht wohl für heute!“

„Jung, jedoch tiefenst sieht sie jedes der Kinder auf die
willig gereichten frischen Lippen, wobei ihr ist, als ob Ri-
naldos Lippen feierhaft glühen.“

Dann verläßt sie, gefolgt von dem etwas verwundert
dareinschendenden Camillo die kleine niedrige Wohnung, in
deren Dürft ihr Erscheinen einen ständigen Sonnenstrahl ge-
bracht.

Als sie in ihrer eleganten Karosse nach dem Palazzo
Domini zurückfährt, beachtet sie kaum, daß ihr Kleid
durch die ständigen Reibungen zerdrückt wurde, daß der
ledergeschmückte Hut schief sitzt, daß ihr kunstvoll frisiertes
köpfiges Haar zerzaust ist.

Das beängstigende Gefühl, welches sie nach Salomeas
erstem Besuch beschlich, ist verstärkt zurückgekehrt. „Wohnt
sie, daß die schwarze Wolke an dem leuchtenden Himmel ihres
Glücks sich immer mehr zusammen ballt! . . .“

Wor Paar glückseligen Augen folgen, hinter welchen

Müllardieren versteht, begreift der davonjagende Leuchten-
den . . .

„Gewiß, sie ist die Fee aus dem Märchenland, von der
uns Mama immer erzählt!“ flüstert Rinaldo mit dem Fin-
ger auf dem Mund.

„Nein, sie ist unsere Cousine,“ belehrt Angelina. „Doch
du nicht gehört, wie sie sagte: „Ich bin eure Cousine!“ . . .
Feen schreiben auch nicht!“

„ne Prinzessin ist sie!“ entscheidet Rinaldo, die in Ge-
meinschaft mit Klein-Marietta sich an Chokoladen-Pralines
dehnt. „Und ihr seid auch Prinz und Prinzessin — nur
verloppelt. Es wird schon rauskommen!“

Als ein paar Stunden später Salomea todmüde vom
langen Modellieren im Atelier ihres Vaters die fünf Trepp-
en zu ihrer Wohnung emporsteigt, empfängt sie ohrenzer-
reißender Lärm.

Trumpetengeschmetter. Dazu Singens im höchsten Rün-
derdiskant. Und dazwischen jubelndes Quischen aus Baby-
mund.

Auslaufend beschleunigt Salomea ihre Schritte. . . .
Wirklich — ein Tumult wie in einem Irrenhaus! . . . Was
geht da vor?

„Mama! . . . Mama! . . . Mama! . . .“

Von drei Paar Kinderlippen jubelt ihr der Ruf ent-
gegen.

„Sieh nur, sieh! Die schöne Puppel! Das Bild von
Selbst! Und wirklich! Haare!“

„Mama! Eine Trompete! Wie sie schön bläst!“ Und
Rinaldo tut der Mutter einen schrillen Ton direkt ins Ge-
höhr.

„Was soll das heißen, Rinaldo?“ herrscht Salomea das
ängstlich dastehende kleine Dienstmädchen an. „Warum ist
der Tisch nicht gedeckt? Und weshalb sind die Kinder nicht
drinnen im Kinderzimmer?“

„Sie — sie wollten durchaus nicht —“ schluchzt Ri-
naldo. „Als die Dame weg war, wollt' ich sie rüberbringen —
ganz gewiß, Frau Velloni, ich wollt's. Aber sie gingen
nicht mit, die Kinder — durchaus nicht, nee!“

Fortsetzung folgt.

Art. 2: Personen, die weder Staatsangehörigkeit, die über 14 Jahre alt sind und ihren gesetzlichen Wohnsitz im besetzten rheinischen Gebiet haben, müssen mit einer von der zuständigen deutschen Behörde unter deren Verantwortung ausgestellt und visierten Ausweisurkunde versehen sein.

Art. 3: Im besetzten Deutschland wohnhafte Personen, die die Einreise in das besetzte Gebiet mit einer vorgeschriebenen Ausweisurkunde gestattet. Die Ausweisurkunde muß jedesmal auf Erfordern der alliierten Behörden vorgelegt werden.

Art. 4: Personen, die mit einer Ausweisurkunde versehen sind, können im ganzen besetzten Gebiet und dem unbesetzten Deutschland frei verkehren.

Art. 5: Die Einreise in das besetzte Gebiet unterliegt für Personen, auf die sich nicht der vorherige Artikel bezieht, folgenden Bedingungen: a) Angehörige von Nationen, deren Truppen an der Besetzung teilnehmen, können in das besetzte Gebiet auf Grund eines von ihren heimischen Behörden ausgestellten Passes oder einfachen Gelbescheines einreisen. b) Angehörige anderer Nationen und deutsche Staatsangehörige, die aus einem anderen Lande als Deutschland stammen, bedürfen zur Einreise in das besetzte Gebiet eines von ihren heimischen Behörden ausgestellten Passes. Dieser muß innerhalb zwei Tagen nach der Einreise in das besetzte Gebiet der zuständigen deutschen Behörde zum Visum vorgelegt werden, die davon dem Kreisbelegierten der hohen Kommission unverzüglich Mitteilung macht. Dieser Pass muß auf jedesmaliges Erfordern der alliierten Behörden vorgelegt werden.

Art. 6: Die Ausreise aus dem besetzten Gebiet ist frei vorbehaltlich der von jedem Lande für die Einreise in sein Gebiet aufgestellten Bedingungen.

Art. 7: Alle Personen, die im besetzten Gebiet reisen, müssen sich den deutschen gesetzlichen Vorschriften für Reisende anpassen. Die verantwortlichen deutschen Behörden müssen auf jedesmaliges Verlangen die deutschen Polizeibehörden der alliierten Behörden zur Prüfung vorlegen.

Alle Personen, die ihren Wohnsitz im besetzten Gebiet nehmen wollen, müssen einen schriftlichen Antrag an die deutsche Behörde des Ortes, an dem sie sich niederlassen wollen, einreichen. Diese Behörde ist zuständig, die nötige Genehmigung zu erteilen und muß ihre Entscheidung innerhalb drei Tagen dem Kreisbelegierten der hohen Kommission mitteilen.

Art. 9: Den deutschen aktiven Militärpersonen, Offizieren wie Mannschaften, ist die Einreise in das besetzte Gebiet nur gegen eine besondere Genehmigung der militärischen Befehlsgewalt der betr. Zone, in welcher diese Militärpersonen ihren Aufenthalt nehmen wollen, gestattet. Die Genehmigung gibt die Zahl der Tage, für welche sie gültig ist, an. Sie müssen innerhalb 24 Stunden nach ihrer Ankunft sich beim Kreisbelegierten der hohen Kommission melden, um ihre Genehmigung versehen zu lassen.

Art. 10: Jeder, dessen Anwesenheit im besetzten Gebiet geeignet erscheint, den Unterhalt, die Bedürfnisse oder die Sicherheit der Besatzungstruppen oder die öffentliche Ordnung zu gefährden, kann durch Befehl der hohen Kommission aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen werden. Dieser Befehl setzt die Bedingungen fest, unter denen die Ausweisung vollzogen wird. Jeder, der einen Ausweisungsbefehl übertritt, verdirbt die Strafen, welche für die Übertretung von Verordnungen der hohen Kommission vorgesehen sind.

Locales und Provinzielles.

Schierstein, den 15. Januar 1920.

Bürgermeisterwahl. Nach Anordnung des Landrats wird die Wahl des Bürgermeisters am Freitag, den 23. d. M., vorgenommen werden.

Hochwasser. Der Rhein ist seit gestern wieder um etwa 60 cm. gewachsen und von neuem über das Ufer getreten. Das Wasser hat bereits den Hochstand der letzten Überschwemmung noch überschritten und ist noch immer im Steigen begriffen. Der heutige Witterungsumschlag wird vermutlich dem gefährlichen Element recht bald Einhalt gebieten und weitere Gefahr verhindern.

Diebstahl. Auf den Hof „Armadä“ bei Frauenstein drangen am Samstag Diebe in die Stallungen und hollen eine Anzahl Gänse, Hühner und Hasen aus dem Hof heraus. Eine der abgeschlachteten Gänse ist weiter auf dem Felde gefunden worden. Die Diebe, vier an der Zahl, hatten erst in Frauenstein selbst ihr Glück versucht, waren aber verjagt worden. Sie nahmen sich aber die nötigen Einbruchswerkzeuge von da mit, mit denen sie auf „Armadä“ ihr Vorhaben ausführten. Merkwürdig ist, daß alle Diebstähle seit langer Zeit, fast ohne Ausnahme, bis jetzt unaufgeklärt geblieben sind, ein Umstand, der den Spßbüden für ihre Untaten einigermassen Sicherheit gewährt.

Lokal-Gewerbeverein. Die erste Sprech- und Beratungssunde des Kreisverbandes für Handwerk und Gewerbe Wiesbaden-Land findet am Freitag, den 16. Januar, abends von 6-7½ Uhr, im Gasthaus zum Rehsapfel (Nebenzimmer) durch den Kreis-Geschäftsführer statt. Die Beratungen umfassen alle im Handwerk und Gewerbe vorkommenden Angelegenheiten. Wir empfehlen sämtlichen Handwerker und Gewerbetreibenden dringend, von dieser kostenlosen Einrichtung fleißig Gebrauch zu machen.

Die am Dienstagabend im Restaurant Wolfstalgesehene Versammlung der U. S. P. war gut besucht. Als Referent war Herr Kreis aus Wiesbaden erschienen, der in seinem 1½stündigen Vortrag in die Zeit des Kriegsbegins zurückgriff und die Zustände im Lebensmittel-Vertriebs- und -Verteilungs-system beleuchtete, die heute einen Grad erreicht haben, daß kein gewöhnlicher Sterblicher mehr in der Lage sei,

sich die nötigen Lebensmittel und die notwendigen Gebrauchsartikel zu beschaffen. Die Kapitalisten seien es auch heute wie zu allen Zeiten, die die Riesengewinne einstecken und das Volk darben lassen. Er beschuldigte die heutige sozialistische Regierung, daß sie nicht nur diesem Treiben zusehe, sondern es noch in jeder Weise fördere. So ließe sie sogar die Produkte in großen Mengen ins Ausland abschleppen und beließe sich an Schiebern allergrößten Stiles. In diesem Zusammenhang beschuldigte er auch die sozialdemokratische Partei der Mischuld und des Betrugs am Volke, weil sie Anhänger einer solchen Regierung sei, die die Arbeiter bei jeder geringsten Gelegenheit durch die Noskegarde niederknüppeln ließe. Die U. S. P. verlange die Diktatur des Proletariats, die nur allein im Stande sei, die Arbeiterklasse aus dem Elend herauszuheben. Als Diskussionsredner konnte Herr Georg Schäfer, durch die schweren Angriffe auf seine Partei sichtlich erregt, wegen der beschränkten Zeit nur mit kurzen Worten erwidern. Er wies die Beschuldigungen zurück und erklärte, daß nur infolge der durch die U. S. P. geschärften Hegeleien ein Keil zwischen die Arbeiterklasse getrieben und die Bildung einer rein sozialistischen Regierung verhindert worden sei, die ganz andere Gesetzentwürfe hätte durchführen können. Wegen Ablauf der vorgeschriebenen Zeit mußte die Versammlung darauf geschlossen werden.

Sorgfältige Gepäckauflieferung. Nicht immer ist, wie das Publikum oft glaubt, der Verlust eines Gepäckstückes auf Diebstahl zurückzuführen. Sehr oft trägt der Absender die Schuld an einer Verschleppung und schließlich an dem Verlust selbst, wenn er das Gepäckstück nicht durch Angabe der Adresse des Reisenden sowie der Adresse- und Zielstation so fest und deutlich äußerlich gekennzeichnet hat, daß es seinen richtigen Weg bei der Eisenbahn gehen muß. Für die Signierung der Gepäckstücke eignen sich am besten Signierfahnen aus Blech, Leder, dicker Pappe oder Holz, die nicht leicht abreißen können, zumal wenn sie mit geprühltem Draht oder gutem Bindfaden fest angehängt sind. Die gleichen Angaben über Adresse, Abgangs- und Bestimmungsstation sollen auch im Innern des Gepäckstückes durch Einlegen eines Zettels erkennbar gemacht werden. Alle Belege und Zettel müssen vor jeder Reise sorgfältig entfernt werden, weil sie leicht zur Verschleppung Anlaß geben. Wenn jeder vor Beginn einer Reise diese Grundregeln sich überlegen und befolgen würde, so würde er eine große Sicherheit für die Wiedererlangung seines Gepäckes haben und sich und der Eisenbahn viel Mühe und Sorge ersparen.

Kreistagsitzung. Am Montag trat erstmalig im Sitzungssaale des Landratsamtsgebäudes der nach dem Verhältniswahlsystem neu gewählte Kreistag zusammen. Von den 27 Abgeordneten waren 26 erschienen. Den Vorsitz führte der stellv. Landrat, Herr Assessor Schlitt, der die Sitzung um 9 Uhr vorm. eröffnete mit dem Hinweis darauf, daß der Friedenszustand endlich durch Unterzeichnung der Ratifikationsurkunden hergestellt sei. Er wies weiter auf die schwere Lage hin, die uns der unglückliche Ausgang des Krieges gebracht habe und noch bringen werde. Da müsse jeder seine Pflicht und Schuldigkeit tun und sein bestes Können einbringen. Wenn alle ohne Rücksicht auf parteipolitische Interessen mitarbeiteten, dann werde die Arbeit dem Kreise zum Segen gereichen. In dieser Voraussetzung wurden die Kreistagsvertreter als in ihr Amt eingeführt betrachtet. Nach Erledigung der üblichen geschäftlichen Formalitäten schritt man zur Wahl der sechs Mitglieder zum Kreisausschuß. Eingegangen waren 2 Wahlvorschläge, nämlich ein Vorschlag von der bürgerlichen Seite und einer von der mehr links stehenden Parteigruppe. Der erstgenannte vereinigte 14, letzterer 12 Stimmen; gewählt sind zu Kreisausschußmitgliedern vom 1. Vorschlag: Dr. Aug. Dyderhoff, Biebrich, Joh. Sch. Gärtner, Delfenheim und Ad. Kolb, Erbenheim; vom 2. Vorschlag Gg. Scheffler, Biebrich, Rich. Eitner, Schierstein und Aug. Pfeifer, Sonnenberg.

Mieterkundgebung der Stadt- und Landgemeinden. Die vom Mieterbund Wiesbaden für Sonntag vormittag im Paulinenstiftchen einberufene Versammlung der Mietervertreter der Stadt- und Landgemeinden des Kreises war von über 1300 Personen besucht und gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung der gesamten Mieterchaft. Der Vorsitzende Direktor Abigt eröffnete und leitete die Versammlung und gab einen kurzen Überblick über die gegenwärtige Lage der Mieterkassenbestimmungen und die Notwendigkeit der Höchstpreisverordnung, dabei betonend, daß die Verhältnisse in Stadt- und Landgemeinden wesentlich seien. Als weiterer Redner trat Herr Sanitätsrat Dr. Dornblüth, der 2. Vorsitzende der D. B. auf und behandelte die Wohnungsnot unter besonderer Berücksichtigung der bürgerlichen Verhältnisse, sowie die Erfordernisse eines Schutzes der Mieter. Eine angemessene Steigerung, für die nicht immer 10% als angemessen erscheinen können, sei natürlich auch dem Hausbesitzer zu bewilligen, der die Pflicht der Instandhaltung einer Wohnung habe. Er betrachtete die Bodenpekulation als Grundübel und Hauptursache der Wohnungsnot und forderte den Zusammenschluß aller Mieterkreise. Anstelle des verhinderten Redners für die werktätige Bevölkerung machte Herr Direktor Abigt einige weitere Ausführungen und gab Kenntnis von einem recht bemerkenswerten Brief eines Hausbesitzers an die Versammlung. Es wurde festgestellt, daß der Schutzverband der Grundstückspekulanten in Berlin eine Verschuldung des gesamten Hausbesitzes mit 75% des Tagewertes bestätigt, vielfach der Hausbesitz sogar weit über die amtliche Lage hypothekarisch belastet und oft nur mit 10% eigenem Kapital am Grundstück beteiligt ist. Weiterhin wurde auf den amtlichen Bericht Verbandstages der Haus- und Grundbesitzervereine verwiesen, in

welchem gesagt wird, keine Macht der Welt könne verhindern, daß die Mieten auf denjenigen Stand kommen, der den heutigen gestiegenen Baukosten entspreche, die heute bekanntlich das Sechsfache des Friedenspreises betragen, also Hauswerte und Mieten mindestens auf das Dreifache der Friedenszeit steigen müßten. Bei Verdoppelung des Hauswertes und nur 25% Eigenkapital des Besitzes würde sich dieses durch die Steigerung verunsichern und bei dreifacher Wertsteigerung sogar verneinbaren, wobei der Hypothekengläubiger für die Geldentwertung nicht entschädigt ist. Also kann auch der Hausbesitzer nicht im Gegensatz zu anderen Kapitalanlagen jedes eigene Risiko nicht nur ausschließen sondern auch dieses Kapital vermehren wollen, wofür das in Kriegsanleihe mündelsicher angelegte Sparkapital sich 30 % vermindert hat. Der Hausbesitzer muß wie jeder sonstige Kapitalist damit rechnen lernen, das er Verluste erleiden, weniger Zinsbetrag erhalten kann. Der Mieter ist nicht dazu da, eine einzelne Bevölkerungsschicht sicher zu stellen. Weiterhin wurde gefordert, daß die einseitigen Mietverträge der Hausbesitzer verschwinden, welche dem Mieter nur Pflichten, dem Hausbesitzer alle Rechte einräumen. Hierauf erläuterte der Syndikus Dr. Meyer die Miethöchstpreis-Verordnung und behandelte einige wucherische Ueberschüsse der Hausbesitzer und forderte ebenfalls zum Zusammenschluß der Mieter der Stadt- und Landgemeinden auf. Lebhafter Beifall lohnte den Redner. In der sich anschließenden Erörterung wurde festgestellt, daß die Mietkassenbestimmungen nunmehr auf Geschäftsräume, möblierte Zimmer, kurzum alle Mieträume ausgedehnt worden sind, ebenso daß die Mieterkassenbewegung hier im Gegensatz zum Industriegebiet, wie ein Versammlungsteilnehmer feststellte, sowie anderen Großstädten Deutschlands, wo man sehr radikal vorgehe, sich wirklich in gemäßigten Bahnen bewege. Die Versammlung beschloß einstimmig, sich zu einem Mieterkassenverband für Bezirk Wiesbaden zusammenzuschließen und in allen Gemeinden Ortsgruppen zu errichten. Es wurde weiter ausgeführt, daß für Wiesbaden ein Höchstzuschlag von 10 % beantragt worden sei, für Mainz nur 7½ %, sodaß in Landgemeinden, wo dem Hausbesitzer nur ganz geringe Mehrausgaben erwachsen, über diese Sätze nicht hinausgegangen werden dürfen, man vielmehr darunter bleiben müsse; genaue Feststellung sei nötig. Die Versammlung beschloß demgemäß auch einstimmig und beantragte, diese Entscheidung zur Kenntnis der Behörden und Gemeindeverwaltungen zu bringen. Besonders betont wurde noch, daß die Begründung des Wohlfahrtsministers Stegerwald zur Höchstpreisverordnung alle diejenigen Tatsachen und recht scharfe Ausdrücke enthält, die auch der Mieterkassenverein schon seit Monaten seinen Begründungen herangezogen hat, also von dieser Seite nicht mehr als von der Regierung verlangt worden ist.

Der Standpunkt der Hausbesitzer.

Ein Hausbesitzer des Westens schreibt der Mieterversammlung im Paulinenstiftchen einen längeren Brief, den wir im Auszug nachstehend wiedergeben:

Noch sind wir die „Hausherren“ und nicht die Hausknechte der Mieter. Ihre ganzen Anstrengungen gehen in die Brüche, da sie nicht die kompakte Masse der Mieter hinter sich bekommen, dafür sorgt unsere bewährte Organisation, die feuerbeständig ist! — Oder ist es vielleicht irgendwo geistlich festgelegt, daß wir verhindert sind, ein Kartell dahin zu schließen, daß wir bei allen vorkommenden Miesschreitungen unserer Wohnungen die Reklamationen auf Grund des Mitgliederverzeichnis des Mieterkassenvereins auf Herz und Nerven prüfen, ob wir sie in unsere Häuser aufnehmen wollen oder nicht?

Jedenfalls bevorzugt sind Mieterparteien, die Ihrem Verein nicht angehören, in allererster Linie, die wir für genehm und akzeptabel finden, in unsere Hausgenossenschaft aufgenommen zu werden! — Jeder wehrt sich so gut wie er kann.

Die Verhältnisse sind und werden sich stärker erweisen als gesetzgeberische momentane theoretische Anordnungen, die, wenn Not Eisen bricht — weil praktisch und durchführbar — hinwegliegen wie Spreu und neuen, den Verhältnissen Rechnung tragenden Bestimmungen Platz machen.

Es ist ein Unding, daß eine 3-4 Zimmer-Wohnung mit Zubehör auf ein ganzes Jahr von 365 Tagen mit allem, was dabei drum und dran hängt, nur soviel kosten soll, wie ein Anzug oder ein Damenkostüm einschließlich ein Paar Stiefel! Wo mancher Familienvater für seinen Rauch-, Cigarren- und Zigarettenbedarf mehr verbraucht resp. verbräutet, als sein Wohnungsheim kostet!

Alle Lebensverhältnisse und Ausgabenbedürfnisse stehen im innigen Kontakt und hierbei die Wohnungsmiete zum „Aschenbrödel“ zu machen und die Hauseigentümer-Arbeit unehrerwürdig zu lassen, bringen weder Sie noch alle dahin zielenden peinlichen Verordnungen und Gesetze, die von einzelnen Personen zum Abbau des Bürger- resp. Mittelstandes gemacht werden, erweisen sich als grüne Tischart.

Das Porto wird teurer. Reichspostminister Sieber hat bei seinem Aufenthalt in Dortmund u. a. erklärt: Der diesjährige Postetat hat mit einem Fehlbetrag von 150 Millionen Mark abgeschlossen. Im nächsten Jahre würde der Fehlbetrag ¼ Milliarde betragen. Um diesen gewaltigen Ausfall durch die eigenen Einnahmen zu decken, müssen die Postgebühren erheblich erhöht werden. Es ist eigentlich erforderlich, daß das Porto für einen Brief auf 50 Pfg. und für eine Postkarte auf 35 Pfg. erhöht wird. Die Telegrammgebühren müßten auf 3 Mark und die Fernsprechanrufgebühren auf etwa 1000 Mark festgesetzt werden. Eine solche Erhöhung der Gebühren würde aber mit der Erhöhung des Lebenspreises gleichbedeutend sein. Gleichwohl sei aber eine Erhöhung der wichtigsten Gebühren mit der fortlaufenden Teuerung unausweichlich.

Das Streikfieber.

Die Lage im Industriegebiet.

Die Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist äußerst ernst und wird für das ganze Deutsche Reich allmählich gefährlich. Der Streik der Eisenbahner, der von Duisburg bis Dortmund reicht, ist allgemein. Die Bahnbeamten verhalten sich neutral, nur die Gesellschaften streiken trotz bewilligter Forderungen weiter. Personenzüge fahren nicht mehr. Die Notstandsarbeiten werden zwar verrichtet, aber bei dem herrschenden Wirrwarr nur in ungenügendem Maße. Die Beförderung mit Dienstwagen z. B. ist nicht ausreichend, sodass auch im übrigen Reich der Personen-, Güter- und Lebensmittelverkehr bald in Mitleidenschaft gezogen sein wird. Mehrere industrielle Anlagen haben durch den Mangel an Kohlen und sonstigen Rohstoffen ihren Betrieb bereits einschränken und zum Teil sogar schon stilllegen müssen. Die Lebensmittelversorgung im Industriegebiet, besonders in Essen, ist zur Zeit nur mit ganz außerordentlichen Mitteln (Automotoren) aufrecht zu erhalten. Diese außerordentlichen Mittel müssen aber versagen, wenn nicht die Zufuhren der Lebensmittel auf der Eisenbahn bald wieder ordnungsmäßig erfolgen. Die Lage der Bevölkerung würde sich dann trostlos gestalten.

Auf Zeche Helene und Amalie sind die Arbeiter einer Schachtanlage ohne Angabe eines Grundes in den Streik getreten. Man vermutet, daß es sich um einen Sympathiestreik für die Eisenbahner handelt.

Auf sämtlichen Schachtanlagen der Zeche Friedrich Thyssen, Dietgardt und Neumühle sind die Bergarbeiter in den Ausstand getreten. Die Streikenden fordern Erhöhung der Löhne und eine Beschäftigungsbeihilfe von 1000 Mark, sofortige Einführung der Sechsstundenschicht, Aufhebung des Beförderungszustandes und Freilassung der politischen Gefangenen.

Die Eisenbahner.

Die Lage in der Eisenbahnerbewegung spitzt sich im Frankfurter Bezirk zu. Die Eisenbahner der Bahnämter Biedorf, Dillenburg, Wehlar, Limburg und Siegen sind von der in Berlin tagenden Kommission in die dritte Lohnklasse eingereiht worden, während die Arbeiter die Einreihung in die zweite Lohnklasse fordern. Die Arbeiter ziehen mit dem Streik, falls diese Forderung unerfüllt bleibt. Damit würde der Verkehr mit dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet vollständig unterbrochen. Auch die Handarbeiter der Frankfurter Werstätten werden unruhig.

Die Zentralstreikleitung in Elberfeld hat den Arbeitern empfohlen, die Arbeit wieder aufzunehmen, nachdem die Regierung hinsichtlich der Erfüllung der Forderungen der Arbeiter bestimmte Garantien gegeben hat. In Essen haben die streikenden Eisenbahner beschlossen, im Ausstand weiter zu verharren.

Wie aus Dresden gemeldet wird, haben die Bestimmungen in den verschiedenen sächsischen Eisenbahnbetriebsverträgen eine große Mehrheit für einen sofortigen Streik ergeben.

Vermischtes.

Barometernaturen. Die Wetterschmerzen der Verwundeten sind eine bekannte Erscheinung. Wie feinfühlig solche Barometernaturen sind, dafür gibt Dr. Fröhlich in der Zeitschrift des Verbandes für Volksgesundheit ein charakteristisches Beispiel. In einem Krankenhaus bekam ein Patient, der an einem sehr schmerzhaften Husten litt, immer dann heftige Schmerzen und Stiche, wenn das Barometer, bekanntlich ein Instrument, das die leisesten Luftschwankungen anzeigt, eine Aufwindveränderung meldete, ohne daß man an dem gewöhnlichen Barometer schon eine Veränderung wahrnehmen konnte. Die Kranken betonen, daß, sobald das schlechte Wetter wirklich eingetreten ist, die Schmerzen rasch nachlassen. Dagegen wird das Steigen des Barometers, also der Umschlag in schönes Wetter, von den Kranken nie empfunden. Die Wissenschaft hat bisher noch nicht feststellen können, ob diese Schmerzgefühle in der Hauptsache durch den Luftdruck des Feuchtigkeitsgehaltes oder durch die atmosphärische Elektrizität hervorgerufen werden. Aber auch auf gesunde Menschen üben die Witterungsverhältnisse bekanntlich großen Einfluß aus: feinfühligere Naturen empfinden das in ganz besonderem Maße. Von Goethe ist bekannt, daß er in ungewöhnlichem Maße unter dem Einfluß der Witterung litt und zu den Menschen gehörte, die den Barometerstand unmittelbar empfinden. An Erdmann schreibt er: „So arbeite ich bei hohem Barometer leichter als bei tiefem.“ Und in seinen Elegien heißt es: „Denn mir bleiben weit mehr die Reize des traurigen Nordens als ein geschäftiges Volk südländischer Liebe verhaßt.“

Schulranzen

Größte Auswahl. Billigste Preise
offert als Spezialität
A. Letschert Wiesbaden, Faulbrunnenstrasse 10
Reparaturen.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Einladung

zu einer

Sitzung der Gemeinde-Vertretung.

Zu der von mir auf

Freitag, den 16. Januar ds. Js., nachmittags 7 Uhr, hier im Rathause anderaumten Sitzung der Gemeindevertretung lade ich die Mitglieder der Gemeindevertretung und des Gemeinderats ein, und zwar die Mitglieder der Gemeindevertretung mit dem Hinweis darauf, daß die Nichtanwesenden sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Ein Paar
Schaftenstiefel,
gut erhalten, Größe 41, und
ein Paar wasserdichte
Gummistiefel,
Größe 43/44, zu verkaufen.
Näheres in der Geschäfts-
stelle.

1 oder 2
Maskenkostüme
zu leihen gesucht.
Adressenabgabe i. d. Ge-
schäftsstelle.



Wieder in reiner Friedensware

ist Dr. Gentners Schuhputz

Nigrin

zu haben. Sofortiger Hochglanz, außerordentlich
sparsam, daher billig im Gebrauch. Friedensware
— — — ist mit Banderol versehen. — — —

Tagesordnung:

1. Wahl der Kommission zwecks Festsetzung der Höchstgrenze zur Festsetzung der Mietzinssteigerungen.

Schierstein, den 13. Januar 1920.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Betr. Entschädigungsfonds.

Zum Entschädigungsfonds für auf polizeiliche Anordnung getötetes Vieh werden erhoben:

1. für Pferde, Esel pp. 1.00 Mark
2. für Rindvieh 0.80 Mark

Die Viehbestandsverzeichnisse liegen vom 16. ds. Mts. ab 14 Tage zur Berichtigung auf Zimmer 7 des Rathauses offen.

Reklamationen gegen die Entscheidung des Gemeindevorstandes sind binnen 10 Tagen vom Tage der Zustellung an bei dem Herrn Landrat in Wiesbaden anzubringen.

Betr. Ausgabe von Fleisch.

Samstag, den 17. ds. Mts., von nachmittags 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr kommen 150 Gramm frisches Fleisch in den hiesigen Metzgereien zur Ausgabe.

Betr. Ausgabe von Gemüsekonserven.

Samstag, den 17. ds. Mts., von nachmittags 2 Uhr ab werden auf dem Rathaus Hofe Gemüsekonserven ausgegeben.

Schierstein, den 15. Januar 1920.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Vertrauensstellung.

Der Kreisaußschuß (Demobilisierungsausschuß) des Landkreises Wiesbaden beabsichtigt, zwei tatkräftige, durchaus vertrauenswürdige Männer von tadellosem Reumund als Kontrolloren für die Erwerbslosen des Kreises gegen hohen Wochenlohn anzustellen. Einmohner des Kreises wollen schriftliche Meldung nebst selbstgeschriebenen Lebenslauf unter Angabe ihrer Gehaltsansprüche bei der Gemeindebehörde ihres Wohnortes bis spätestens 24. Januar einreichen.

Der Vorsitzende des Demobilisierungsausschusses:
J. A. Müller.

Lokal-Gewerbeverein.

Die erste Sprech- und Beratungsstunde des Kreisverbandes für Handwerk und Gewerbe Wiesbaden-Land findet am Freitag, den 16. Januar, abends von 6—7½ Uhr im Gasthaus zum Reichsapfel (Nebenzimmer) durch den Kreis-Geschäftsführer statt. Die Beratungen umfassen alle im Handwerk und Gewerbe vorliegenden Angelegenheiten, und bitten wir sämtliche Handwerker und Gewerbetreibenden von dieser kostenlosen Einrichtung fleißig Gebrauch zu machen.

Der Vorstand.

Atelier für mod. Photographie.
F. Stritter, Biebrich, Rathausstrasse 94.

Moderne Photos, Photoskizzen, Gruppenbilder
Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild.

Reisepassbilder in sofortiger Ausführung.
Aufnahme bei jeder Witterung, bis abends 6½ Uhr
Sonntags von vorm. 10 bis nachm. 6½ Uhr geöffnet.

Zahle

für 1/2 Sektflaschen per Stück 1 M., 1/3 Wein-, Kognat-,
Kropfhals- und Bordeauxflaschen 80, 70 u. 60 Pfg.,
Weinfluten, Strohhalben, Korke, altes Eisen, Metalle,
Papier, Lumpen laßt zu staunend erhöhten Preisen.

Ankaufsstelle **Adler**, Wiesbaden, Wehrstr. 21
Telefon 3930.
Postkontonto 19659.

Rest. „Stadt Köln“ Biebrich.

Wer kommt am 25. 1. 1920?

● Brillanten, Platin, Gold, Silber ●

Zahngelisse, Holzbrandstifte, Uhren, Münzen, Schmuck-
sachen, Bestecke, Leuchter, Service

kauft höchstzahlend nur

Eduard Heesen, Wiesbaden, Wagemannstr. 21.
Bitte genau auf Nr. 21 zu achten!

Gold	in jeder Form und Menge auch	Platin	für hohen Preis!
Juwelen		Uhren	
Bok	Wiesbaden - Kirchgasse 70	Silber	

Geipalte
Cognatflaschen
Bordoflaschen
Weinflaschen
kauft zu höchsten Preisen
Flora-Drogerie.



Kaulmännische
Privatschule
H. Leicher
Gegründet 1898.
Wiesbaden,
2 Bahnhofstrasse 2
Ecke Rheinstrasse.
Am 15. Januar
Beginn neuer
Tag- u. Abendkurse.
Lehrpläne gern z. Diensten

Nohe Felle
Füchse, Warden, Iltis, Kanin,
Hasen, laßt zu höchsten Preisen
Schwerdtfeger, Wiesbaden,
Kirchgasse 76.

Perier, orientalische und andere
Teppiche, Kissen, Decken, alte
Stoffe, Porzelle, Gemälde,
Kupferstiche, Miniaturen, Gold-
und Silberarbeiten, Brillanten, Anti-
quitäten, Klavieren, laßt zu hohen
Preisen E. Kapper, Wiesb.,
Friedrichstr. 55.
Möbel An- und Verkauf.

Lehrling gesucht.
Ein strebsamer Junge aus
scholarer Familie mit guter
Schulbildung kann zu Ostern
bei uns in die Lehre treten.
Schiersteiner Zeitung.

Alteisen, Metalle,
Lumpen, Papier,
Flaschen
kauft zu höchsten Preisen
J. Gauer,
Wiesbader,
Helenenstr. 18, Telephon 1832.

Karbid,
Karbid-Lampen,
Kaffeeöfen, Gaslampen,
Brenner, Zyl., Glühbirnen,
Gaslocher und Schläuche,
Brat- und Backhauben, Bade-
wannen, Zapfhähne zu ver-
kaufen.

Krause, Wiesbaden,
Wehrstrasse 10.

Platin

Holzbrandstifte
Zahngelisse
(auch einzelne Teile)

Gold, Silber, Münzen
zu den Tagespreisen laßt stets

Heil, Mainz,
Kosengasse 5.
Goldschmiedewerkstatt.

Wein-Etiketten

Schiersteiner Zeitung.